



Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Ruth Müller, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Sabine Gross, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

**Jetzt handeln gegen die Krise und Arbeitsplätze sichern:
Stellenabbau bei ZF Friedrichshafen AG in Bayern frühzeitig verhindern!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, frühzeitig Gespräche mit der ZF-Geschäftsführung und dem Betriebsrat aufzunehmen, um Stellenabbau in Bayern zu verhindern und politische Unterstützungsmöglichkeiten zu erörtern.

Begründung:

Die Situation bei der ZF Friedrichshafen AG Automotive – insbesondere der E-Mobilitätssparte in Nordbayern – erfordert dringend das Handeln der Staatsregierung und insbesondere des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (StMWi). Die ZF-Geschäftsführung plant Einsparungen von mehreren Milliarden Euro und erwägt die Ausgliederung der E-Mobilitätssparte. Der Standort Schweinfurt mit drei Betrieben und rund 10 000 Mitarbeitern steht vor einer existenziellen Bedrohung, wobei etwa 6 000 Beschäftigte in der E-Division von möglichen Ausgliederungen betroffen sind. An den Standorten Auerbach mit Bayreuth sowie Nürnberg und Regensburg wären bis zu 1 800 Mitarbeiter betroffen.

Die Konsequenzen wären für die bayerische Wirtschaft verheerend. Die E-Division ist nicht nur für ZF, sondern für die gesamte Automobilzulieferindustrie und die Transformation zur E-Mobilität von entscheidender Bedeutung. Ein Verlust dieser Arbeitsplätze und Kompetenzen würde Bayern als Technologie- und Industriestandort massiv schwächen und tausende Beschäftigte und ihre Familien in ihrer Existenz bedrohen. Daher ist es unerlässlich, dass die Staatsregierung – insbesondere das StMWi – umgehend tätig wird. Es gilt durch intensive Gespräche mit der ZF-Geschäftsführung und den Betriebsräten Alternativen zu entwickeln, Arbeitsplätze zu sichern und zukunftsfähige Perspektiven für die Beschäftigten zu schaffen.